

Für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung



**Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei
zur Energiepolitik**

August 2012

AUSZUG AUS DEM POSITIONSPAPIER

4. Energiestrategie 2050 des Bundesrates

4.1. Eckpfeiler

Die neue Energiestrategie des Bundesrates verbietet die Bewilligung neuer KKW, wie vom Parlament gefordert.¹⁵ Damit die Energieversorgung künftig trotzdem sichergestellt ist, setzt der Bundesrat vor allem auf die massive Senkung des Verbrauchs und den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien.¹⁶

Ziele und Massnahmen

Der Bundesrat sieht die Halbierung des Energieverbrauchs pro Kopf bis ins Jahr 2050 vor. Der Stromverbrauch soll bis 2020 stabilisiert werden. Die Massnahmen umfassen unter anderem schärfere Vorschriften bei Gebäuden und Fahrzeugen, Zielvereinbarungen mit der Wirtschaft sowie strengere Anforderungen an Elektrogeräte. Zudem soll auch die Elektrizitätswirtschaft einen Beitrag zur Verbrauchsreduktion leisten.

Der Bundesrat erhöht auch die Ausbauziele für erneuerbare Energien und Wasserkraft. Um sie zu erreichen, will er die bestehenden Kostendeckel aufheben und die Gelder für die Subventionierung erhöhen. Kleinere Photovoltaik-Anlagen sollen künftig eine einmalige Investitionshilfe erhalten. Die Kantone sind aufgefordert, Gebiete - etwa für die Wasserkraftnutzung oder für Windanlagen - auszuscheiden und Bewilligungsverfahren zu vereinfachen. Für bedeutende Anlagen sollen zudem bestehende Schutzansprüche nach Bundesrecht relativiert werden können.

Freiwillige Massnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Effizienz werden schon heute von EnergieSchweiz unterstützt. Damit das Programm eine Rolle in der Energiestrategie 2050 spielen kann, sollen seine Mittel verdoppelt werden.

Bundesrat will fossile Kraftwerke

Im Winter müssen allerdings Wärmekraftkopplungs-Anlagen¹⁷ (WKK) zur dezentralen Stromversorgung beitragen. Der Bundesrat will diese deshalb mit einem Einspeisetarif fördern, sofern sie ihre CO₂-Emissionen vollständig kompensieren. Damit die Netzstabilität garantiert und die Abhängigkeit von Importen verringert werden kann, sieht der Bundesrat auch Gaskraftwerke vor. Die Gasversorgung soll mit einer Teilnahme am sogenannten Krisenmechanismus der EU sichergestellt werden.¹⁸ Auch die Entwicklung neuer Technologien und Anwendungen spielt eine wichtige Rolle in der neuen Energiestrategie. Zusätzliche Subventionen sollen in Pilot- und Demonstrationsanlagen fliessen.

Massiver Ausbau des Netzes

Mit der „Strategie Stromnetze“¹⁹ beabsichtigt der Bundesrat schliesslich auch die notwendigen Ausbauten der Übertragungs- und Verteilnetze zu ermöglichen. Zudem sollen

¹⁵ 11.3436 – Motion "Schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie":

¹⁶ BFE, "Bundesrat bestimmt erstes Massnahmenpaket für die Energiestrategie 2050", Medienmitteilung vom 18.4.12 sowie Faktenblatt 1 "Erste Massnahmen Energiestrategie 2050": Botschaft "Energiestrategie 2050", Vernehmlassungsvorlage vom 14.9.12

¹⁷ Unter Wärmekraftkopplung (WKK) versteht man vereinfacht eine Heizung, die gleichzeitig Strom produziert oder auch ein Stromkraftwerk, das gleichzeitig Wärme liefert. Der Verbraucher wird so mit den beiden wichtigsten Energiearten, Strom und Wärme, versorgt. Die bei der Stromerzeugung anfallende Wärme wird hierbei zur Bereitstellung von Heizwasser, Dampf oder Trocknungswärme verwendet. Der Brennstoff wird somit zu 90 bis 95% genutzt. Quelle: BFE

¹⁸ Die Abhängigkeit vom Ausland und damit auch Erpressbarkeit wird grösser.

¹⁹ BFE, "Bundesrat legt Stossrichtung der Strategie Stromnetze fest", Medienmitteilung vom 23.5.12

die Verfahren mit einer Beschränkung der Einsprachemöglichkeiten und der Einführung von Fristen verkürzt werden. Das Parlament soll schliesslich Leitlinien für die Weiterentwicklung des Stromnetzes erlassen können, während der Bundesrat die konkreten Rahmenbedingungen für die Netzplanung festlegt.

4.2. Kosten und Probleme

Es ist kaum möglich, die Kosten der neuen Energiestrategie heute genau abzuschätzen. Der Bundesrat beziffert die "Mehrkosten aufgrund des Verzichts auf neue Kernkraftwerke" bis 2050 auf 30 Mrd. CHF. Zusätzliche Kosten verursacht der Ausbau der Netze wegen des zunehmenden Stromaustausches mit dem Ausland und dem massiven Zubau dezentraler Kraftwerke. Die Kosten werden vom BFE auf zwischen 6,2 und 15,3 Mrd. CHF geschätzt. Nicht berücksichtigt sind dabei die Kosten für Erneuerungsmassnahmen. Insgesamt ist der Bundesrat aber überzeugt, dass sich die volkswirtschaftlichen Auswirkungen in Grenzen halten.

Die Wirtschaft dagegen befürchtet massive Kostensteigerungen.²⁰ Je nach Szenario rechnet sie mit einer Verdoppelung oder gar Verdreifachung der Energiekosten für die Unternehmen. Allein die Ausgaben für Elektrizität würden von heute 10 Mrd. auf 26 Mrd. CHF steigen.²¹ Ebenfalls von deutlich höheren Kosten geht die Elektrizitätswirtschaft aus und rechnet mit Investitionen von 118 Mrd. bis 150 Mrd. CHF.²² Darin enthalten sind sowohl die Kosten für Unterhalt und Erneuerung von Kraftwerken und Netzen als auch für die Umsetzung der neuen Energiestrategie.

Diese Kosten werden letztlich von den Verbrauchern bezahlt werden müssen. Im gleichen Ausmass wie der Bundesrat die Wirtschaft von höheren Abgaben befreit, werden die übrigen Konsumenten belastet.

4.3. Herausforderungen

Die neue Energiestrategie des Bundesrates formuliert ehrgeizige Ziele. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen können diese aber nur ca. zur Hälfte erreicht werden. Deshalb sieht der BR schon heute ein zweites Massnahmenpaket für die Zeit nach dem Jahr 2020 vor. Zu erwarten sind dannzumal weitere Eingriffe, neue Abgaben zur Lenkung des Verbrauchsverhaltens, eine noch stärkere Zusammenarbeit mit der EU und eine ökologische Steuerreform.

Mehr staatliche Vorschriften und Regulierungen

Doch bereits das vorliegende Massnahmenpaket des Bundes sieht massive Eingriffe vor. So macht die Energiestrategie den Kantonen Vorschriften etwa im Gebäudebereich oder bei der Raumplanung und schwächt damit den Föderalismus weiter. Auch in anderen Bereichen führt die neue Energiestrategie zu Zielkonflikten. Wenn die CO₂-Emissionen kompensiert werden, scheinen WKK-Anlagen und Gaskraftwerke zwar vereinbar mit den klimapolitischen Zielen des Bundes. Sie bedeuten aber ein Ende der heute bestehenden, bewährten CO₂-armen Stromproduktion! Gaskraftwerke erhöhen den CO₂-Ausstoss massiv und zudem die Auslandsabhängigkeit - durch die benötigten Gaslieferungen und durch die angestrebten Abkommen mit der EU.

Stromverbrauch nimmt weiter zu

Der Betrieb von fossil betriebenen Kraftwerken steht der Absicht, die Abhängigkeit der Schweiz von fossilen Energieträgern zu verringern, entgegen. Zwar zielt auch die neue Energiestrategie auf eine Reduktion des Verbrauchs von fossilen Energieträgern. In vielen Bereichen, etwa bei Heizungen oder im Verkehr, bedeutet das jedoch eine Elektrifizierung und damit einen höheren Stromverbrauch. In diesem Zusammenhang stellt die Stabilisierung des Verbrauchs eine besondere Herausforderung dar.

²⁰ Institut für Wirtschaftsstudien IWSB, Die Energiestrategie des Bundesrates: Auswirkungen auf Energiemix, Versorgungssicherheit und Energiekosten der Wirtschaft, Studie im Auftrag von economiesuisse, Basel 16.4.2012

²¹ Ebd. S. 42

²² VSE, Wege in die neue Stromzukunft, Sessionsveranstaltung Energieforum, Bern 14.6.2012

Der Bürger zahlt die Zeche

Um den Wirtschaftsstandort und Werkplatz Schweiz nicht allzu sehr zu beschädigen, plant der Bundesrat die Grossverbraucher von den geplanten höheren Abgaben auszunehmen. Bereits heute sind die energieintensiven Unternehmen von der KEV befreit. Mit weitergehenden Ausnahmen machen Bundesrat und Parlament einen Schritt hin zu einer eigentlichen Industriepolitik und schwächen die bewährte liberale Wirtschaftsordnung. Ob die Nachteile der neuen Energiestrategie für den Wirtschaftsstandort längerfristig nicht dennoch überwiegen, muss sich noch zeigen. Schliesslich verfolgt international nur Deutschland ein ähnlich ehrgeiziges, politisches Projekt.²³

4.4. Bewertung der Energiestrategie 2050 des Bundesrates

Die Energiestrategie des Bundes enthält in ihrem Kern planwirtschaftliche Elemente. Dazu zählen nicht nur das sachlich kaum begründete Verbot neuer KKW, sondern auch die rigorosen Ziele bei Energieeffizienz und erneuerbaren Zielen, die der Bundesrat vorschreibt.

Um sie durchzusetzen, werden die unternehmerische Freiheit der Elektrizitätswirtschaft beschnitten und Kompetenzen von den Kantonen zum Bund verlagert. Ob sich trotz zentraler Planung, grosszügigen Gebietsausscheidungen und der Aufhebung bestehender Schutzinteressen die benötigten Potentiale für erneuerbare Energien in der Schweiz finden lassen, ist zweifelhaft.

Die angestrebten Verbrauchsreduktionen sind utopisch und widersprechen allen bisherigen Erfahrungen. Trotz jahrzehntelanger Diskussionen ist es bis heute nicht gelungen, Wirtschafts- und Verbrauchswachstum zu entkoppeln. Auch das Bevölkerungswachstum, neue Geräte und Anwendungen sowie der Ersatz von fossilen Energieträgern werden in Zukunft zu höherem Strombedarf führen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien im Inland wird nicht ausreichen, die steigende Nachfrage künftig zu decken. Unwahrscheinlich ist auch der Bau von Gaskraftwerken in der Schweiz. Sie werden mit grosser Wahrscheinlichkeit am Widerstand der (lokalen) Bevölkerung scheitern. Die Versorgung der Schweiz wird deshalb in Zukunft stark von Importen abhängen.

Die Folge der Energiestrategie 2050 werden steigende Preise sein – bei einer Schwächung der Versorgungssicherheit. Mit der Entlastung der Grossverbraucher werden Gewerbe, kleinere Dienstleister und vor allem die Haushalte die "Energiewende" bezahlen müssen. Die planwirtschaftliche Energiestrategie 2050 dürfte damit nicht ohne längerfristige Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort und den Werkplatz bleiben.

5. Energiestrategie SVP

5.1. Ziel

Für die SVP ist es wichtig, dass die Schweizer Stromproduktion sicher, bezahlbar, umweltschonend und möglichst unabhängig vom Ausland ist. Mit der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 ist eine solche Stromversorgung nicht zu erreichen. Sie ist zu teuer, nicht umsetzbar, führt zu neuen Vorschriften und Einschränkungen sowie zu einer grösseren Auslandsabhängigkeit. Eine allfällige Umsetzung würde ein gefährliches Experiment darstellen und wäre eine Gefahr für die inländische Versorgungssicherheit.

Schweizer Strom aus Eigenproduktion

Aus staatspolitischen Gründen muss möglichst viel Strom im Inland produziert werden. Dies stärkt die Versorgungssicherheit, da der Strom nicht via störungsanfällige Stromleitungen von weither importiert werden muss. Es verhindert auch, dass die Schweiz von äusseren Preis- oder Markteinflüssen dominiert und erpressbar wird. Für die SVP ist daher nach wie vor das frühere ungeschriebene Gesetz anzustreben, wonach höchstens einmal in 20 Jahren im Winter Strom importiert werden darf („Zehn-Werke-Bericht“). Beim Ausbau der

²³ Im Zuge der sogenannten „Energiewende“ in Deutschland wurden mit enormen Subventionen Stellen in der Solarbranche geschaffen. Diese konnten nach Wegfall der Mittel nicht gehalten werden. Mehrere grosse Solarunternehmen mussten massiv Arbeitsplätze abbauen. Gleichzeitig stiegen die Stromkosten aufgrund der Fördermittel in Deutschland in den letzten Jahren stark an, was negative Auswirkungen auf die stromintensiven Schlüsselindustrien Stahl, Chemie, Papier und Zement hatte. Im Endeffekt verlor man also gleich doppelt.

Kapazitäten ist für die SVP klar, dass die neuen Produktionsanlagen wirtschaftlich und damit ohne Subventionen überlebensfähig sein müssen, andererseits aber auch, dass sie möglichst unabhängig vom Ausland sind und die Umwelt wenig belasten.

Wasser – und Kernkraft weiterhin erste Wahl

Deshalb müssen aus Sicht der SVP kurz- bis mittelfristig auch weiterhin die beiden Energieträger Wasser- und Kernkraft die Hauptpfeiler der Schweizer Stromversorgung bilden. Keine anderen Energieträger sind im Vergleich der Kapazitäten, der Kosten, wie auch bei Versorgungssicherheit so hoch anzusiedeln wie die Wasser- und Kernenergie. Langfristig wird sich zeigen müssen, ob neue Technologien wie beispielsweise die Tiefengeothermie marktreif werden und im grossen Stil eingesetzt werden können.

5.2. Umsetzung

Steigerung der Wasserkraftproduktion

Die Wasserkraft ist mit einem Anteil von rund 55% der Hauptenergieträger der schweizerischen Stromproduktion. Ihre Produktion ist umweltfreundlich, sehr günstig und unabhängig vom Ausland. Der Ausbau der Wasserkraft ist jedoch nur noch beschränkt möglich. Die SVP fordert, dass die Produktion der Schweizer Wasserkraft bis zum Jahr 2030 um 3 TWh gesteigert werden kann. Das entspricht ungefähr der Produktion eines bestehenden KKW (Beznau I, II oder Mühleberg). Damit die Wasserkraft ihren Anteil am Strommix ausbauen kann, ist es unabdingbar, dass die Rahmenbedingungen verbessert werden. Die Bewilligungsverfahren sind rasch und unkompliziert abzuwickeln. Initiativen, Einsprachen sowie neue Abgaben, Gebühren oder Regulierungen, welche die Stromproduktion aus Wasserkraft zusätzlich erschweren, sind entschieden abzulehnen.

Ausbau der neuen erneuerbaren Energien

Die neuen erneuerbaren Energien wie Wind- und Sonnenenergie werden ihren kleinen, aber trotz allem wichtigen Beitrag für die Stromversorgung leisten. Auch der Bereich Biomasse wird aufgrund der vielfältigen Entwicklungsbereiche und Anwendungsmöglichkeiten seinen Platz im künftigen Strommix haben. Die SVP fordert, dass die Produktion der neuen erneuerbaren Energien (Wind, Photovoltaik, Biomasse²⁴) im Rahmen der technischen Möglichkeiten bis zum Jahr 2030 um 3 TWh erhöht werden kann. Dies bedeutet eine wesentliche Steigerung des heutigen Ziels im Bereich der erneuerbaren Energien im Energiegesetz und eine sehr grosse Herausforderung. Um dieses Ausbauziel zu erreichen, ist eine Aufhebung des Deckels im System der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) zu befürworten. Mit dieser Massnahme kann zudem die Bürokratie verringert werden. Einzig die Förderung der noch zu teuren und produktionstechnisch zu schwachen Photovoltaik muss weiterhin begrenzt bleiben, damit die finanzielle Belastung für Bevölkerung und Wirtschaft durch das KEV-System erträglich bleibt.²⁵

Kernkraftwerke weiter betreiben

Mit einem Anteil von knapp 40 Prozent ist die Kernkraft das zweite wichtige Standbein der Schweizer Stromversorgung. Sie ist auch in Bezug auf die Unabhängigkeit vom Ausland ein sicherer Wert. Obwohl das zum Betrieb der Kraftwerke benötigte Uran in der Schweiz nicht vorkommt, ist die Versorgung durch langfristige Lieferverträge mit politisch stabilen Ländern über Jahre hinaus gesichert. Auch im Bereich der Sicherheit erfüllt die Kernenergie die Anforderungen, welche an eine sichere und zuverlässige Stromproduktion gestellt werden. Die Schweizer Kernkraftwerke haben im weltweiten Vergleich sehr hohe Sicherheitsstandards, welche zudem laufend dem technischen Fortschritt angepasst werden. Die SVP fordert daher, dass die bestehenden Kernkraftwerke mindestens 60 Jahre laufen können. Voraussetzungen sind natürlich die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Eine Befristung der Betriebsbewilligungen lehnt die SVP daher ab.

²⁴ Es handelt sich dabei um organische Abfälle und Holz.

²⁵ Eine Beschränkung der Photovoltaik ergibt sich auch aus dem Umstand, dass eine vernünftige Speichermöglichkeit für diesen Energieträger nicht vorhanden ist und die dafür vorgesehenen Flächen sinnvollerweise für Solarwärme genutzt werden sollten.

Stromverbrauch auch in Zukunft steigend

Bis zum Jahr 2030 muss allerdings noch ein drittes KKW im Umfang von ca. 3 TWh ersetzt werden. Hinzu kommt der vermutlich steigende Strombedarf in der Schweiz. Insbesondere die Energieeffizienz wird einen höheren Stromverbrauch zur Folge haben. Bei vielen Anwendungen ist es aus Sicht der Energieeffizienz besser, eine kleine Menge Strom einzusetzen, als eine grössere Menge fossiler Energien zu verwenden. Beispielsweise kann ein Wechsel von einer Ölheizung auf eine mit Strom betriebene Wärmepumpe den Gesamtenergieverbrauch bei gleichem Wärme komfort auf $\frac{1}{4}$ reduzieren. Ein weiterer Grund für den tendenziell ansteigenden Stromverbrauch ist das Bevölkerungswachstum. Weitere Ursachen sind der grössere Raumbedarf pro Einwohner, neue und häufigere Stromanwendungen, Flachbildfernseher, Handys oder die zusätzliche Mobilität. Auch Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen verbrauchen immer mehr Strom – was allerdings ein Anzeichen für Wirtschaftswachstum ist.

Modernes Kernkraftwerk bis 2030

Die SVP rechnet mit einer Erhöhung des Stromverbrauchs von jährlich 0.5%. Dies führt dazu, dass im Jahr 2030 allein deswegen rund 6 TWh mehr Strom verbraucht werden. Dieser fehlende Strom (insgesamt 9 TWh)²⁶ ist am besten mit einem Kernkraftwerk neuester Technologie zu produzieren. Gegenüber der heute im Einsatz stehenden KKW weisen diese zahlreiche Verbesserungen auf. Die Reaktoren der dritten Generation beinhalten höhere Kapazitäten und Wirkungsgrade sowie zusätzliche Sicherheitsbarrieren. Die SVP fordert daher eine möglichst baldige Abstimmung über ein neues KKW. Erst falls die Bevölkerung ein neues KKW ablehnen sollte, sind die Rahmenbedingungen für Gaskombikraftwerke zu verbessern, damit die Stromindustrie zwischen einem erhöhtem Stromimport oder inländischen Gaskombikraftwerken die wirtschaftlichere Option wählen kann. Hinsichtlich der Auslandabhängigkeit sind beide Varianten als gleichwertig zu betrachten.

Neue Technologien

Um das Jahr 2040/45 werden die KKW Gösgen und Leibstadt ausser Betrieb gehen. Die Kapazitäten müssen ersetzt werden durch neue Technologien wie beispielsweise durch Tiefengeothermie. Falls die Entwicklung dieser Technologie bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht so weit fortgeschritten sein sollte, ist auf bestehende Technologien wie die Kernenergie zurückzugreifen.

5.3. Kosten und Herausforderungen

Die Kosten der umzusetzenden Massnahmen und der Bau eines neuen Kernkraftwerkes belaufen sich insgesamt auf rund 30 Mrd. CHF.²⁷ Diese Schätzung ist im Gegensatz zur bundesrätlichen Energiestrategie eine Vollkostenrechnung und darüber hinaus gar äusserst grosszügig ausgestaltet. Dies bedeutet, dass bei allfälligen zusätzlichen Massnahmen und Abklärungen nachträglich keine weiteren Kosten anfallen würden.

Natürlich beinhaltet auch die Strategie der SVP einige Herausforderungen. Zum einen braucht es einen positiven Volksentscheid zur Kernenergie. Zum anderen ist es unerlässlich, dass die einzelnen Verfahrensschritte für den Bau eines neuen KKW rasch und ohne zusätzliche Verzögerungen ablaufen. Hierfür sind die einzelnen Bewilligungsverfahren zu straffen. Zu guter Letzt besteht auch im Bereich der Verwaltung Handlungsbedarf. Um die nötigen Schritte korrekt und zügig umzusetzen, braucht es an diesen Stellen genügend fundiertes Fachwissen im Bereich der Kernenergie. Dieses wertvolle Know-How ging in den letzten Jahrzehnten sukzessive verloren sprich, die betreffenden Stellen wurden nicht mehr besetzt, was nun aufgrund fehlender Fachkompetenz wiederum zu Verzögerungen führen kann. Die SVP fordert, dass dieses Wissen neu aufgebaut wird, damit die vom Bund erforderlichen Leistungen und Aufgaben erbracht und wahrgenommen werden können.

²⁶ Dies entspricht ungefähr der Produktion von drei KKW Mühleberg pro Jahr

²⁷ Gemäss Schätzungen des Nuklearforums werden für den Bau eines neuen KKW 7-9 Mrd. CHF veranschlagt. Für die Erhöhung der Wasserkraftproduktion, den Zubau bzw. die Instandhaltung und die Modernisierung des Stromnetzes wie auch die KEV-Erhöhung und die Aufhebung des Deckels wird mit gut 20 Mrd. CHF gerechnet. Angesichts der Tatsache, dass mit einem neuen KKW der Ausbau des Stromnetzes nicht im selben Umfang zu Buche schlägt, blieben damit zusätzliche Gelder für eine Modernisierung des Netzes übrig.

5.4. Fazit

Die Energiestrategie der SVP geht von bewährten Grundsätzen und der heute verfügbaren Technologien aus. Die Massnahmen sind wirtschaftlich verträglich, berücksichtigen die Versorgungssicherheit und reduzieren die unbekannten Variablen auf ein Minimum. Anstelle utopischer Konzeptstrategien wird der Fokus auf die Machbarkeit gelegt. Die Tatsache, dass die vorgeschlagenen Lösungen rasch und mit vertretbarem Aufwand umgesetzt werden können, ist ein grosser Pluspunkt, da Planungs- und Rechtssicherheit gewährleistet und staatliche Eingriffe aussen vor bleiben. Die Massnahmen können wie folgt zusammengefasst werden:

- Ersatz eines KKW (3TWh) bis ca. 2030 durch mehr Wasserkraft. Dies bedingt eine klare Verbesserung der Rahmenbedingungen für diesen Energieträger. So ist das Verbandsbeschwerderecht diesbezüglich aufzuheben und die Verfahren sind zu straffen.
- Ersatz eines KKW (3TWh) bis ca. 2030 durch mehr neue erneuerbare Energien (Wind, Photovoltaik, Biomasse). Dies soll mit einer Aufhebung des KEV-Deckels erreicht werden, mit Ausnahme der Photovoltaik, welche aufgrund ihrer geringen Wirkung weiterhin begrenzt bleibt. Auch hier sind die Verfahren für Projekte zu kürzen und der Einfluss des Beschwerderechts massiv zu verringern.
- Die Laufzeit der bestehenden KKW beträgt, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt, mindestens 60 Betriebsjahre. Dies gibt die dringend benötigte Versorgungssicherheit, bis neue Produktionsanlagen zur Verfügung stehen.
- Ersatz eines KKW (3TWh) und Kompensation des steigenden Stromverbrauchs (jährlicher Zuwachs +0.5% was 6 TWh ergibt) bis ca. 2030 durch ein neues KKW modernster Bauart.
- Bei Ablehnung eines neuen KKW durch die Bevölkerung müsste die fehlende Elektrizität im Sinne der Versorgungssicherheit mittels teurer Stromimporte oder grossflächigem Einsatz emissionsintensiver, fossiler Energien für die Stromproduktion (Kohle, Öl, GuD und WKK mit fossilem Erdgas) sichergestellt werden.
- Ersatz der beiden grossen KKW (Gösgen + Leibstadt) bis ca. 2040/45 durch neue Technologien (z.B. Tiefengeothermie) oder durch zwei neue KKW modernster Bauart.

6. Schlussbemerkungen und Forderungen

Energie ist ein Schlüsselement der heutigen Gesellschaft. Änderungen in diesem Bereich haben Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft (Lebensstandard, Produktion, Verkehr etc.). Deshalb ist es zwingend, dass eine künftige Strategie klare Voraussetzungen schafft, damit Wachstum und Wohlstand erhalten bleibt bzw. gesteigert wird. Dabei muss sichergestellt sein, dass elementare Grundsätze berücksichtigt werden. Ein Vergleich der Energiestrategien von Bund, Strombranche und SVP kommt dabei zum folgenden Ergebnis:

Vergleich der Energiestrategien

Name	Massnahmen	Kosten	Herausforderungen ²⁸	Versorgungssicherheit	Realisierbarkeit
Energiestrategie 2050 Bund	hoch	hoch	hoch	schlecht	schlecht
Energiestrategien Branche	mittel	mittel	mittel	mittel	mittel
Energiestrategie SVP	gering	gering	mittel	hoch	hoch

Es zeigt sich klar, dass die Strategie des Bundes mit den grössten Nachteilen behaftet ist. Während die staatlichen Eingriffe massiv zunehmen und sowohl die Kosten wie auch die Herausforderungen exorbitant hoch sind, bleibt die Versorgungssicherheit wie auch die Realisierbarkeit auf der Strecke. Angesichts dieser negativen Auswirkungen und der Vielzahl an Unbekannten ist die Energiestrategie des Bundes eine Fehlkonzeption, welche entschieden zu bekämpfen ist. Auch die Branchenlösungen sind nur bedingt tauglich. Hierbei muss man jedoch sagen, dass sich diese Strategien in voreuseilendem Gehorsam an dem vom Bund propagierten Ausstiegsszenario orientieren – was den Handlungsspielraum unverhältnismässig einschränkt.

²⁸ Es handelt sich dabei um die technischen Herausforderungen.

Die Energiestrategie der SVP kann mit einem klaren Konzept ein Ergebnis erreichen, welches mit den heute verfügbaren Technologien realistisch ist. Mit sehr geringen staatlichen Eingriffen und Kosten wird ein maximales Resultat erzielt. Selbst bei einer Ablehnung der Kernenergie könnte mittels des Einsatzes fossiler Energien immer noch ein mittleres Ergebnis bei der Versorgungssicherheit, analog der Branchenlösung, erreicht werden. Priorität muss jedoch der sinnvolle Einsatz jedes Energieträgers haben, damit genügend Raum für alternative Lösungen bleibt. Ein Ausschluss einer Energieform ohne vernünftigen Grund macht deshalb keinen Sinn und ist abzulehnen. Oberstes Ziel muss weiterhin sein, die Energieversorgung der Zukunft durch so wenige Einschränkungen wie möglich zu belasten, sondern flexibel auszugestalten. Die Strategie der SVP gibt dabei die notwendigen Antworten und Impulse. Die dazu nötigen Forderungen gliedern sich wie folgt:

Stromversorgung sichern

Die Sicherstellung der Stromversorgung muss oberster Grundsatz sein. Der Bau neuer Anlagen richtet sich nach den Prinzipien Wirtschaftlichkeit und Produktionskapazität. Die dazu notwendigen Verfahren sind rasch und unkompliziert abzuwickeln und wo nötig zu straffen. Das Verbandsbeschwerderecht in diesem Bereich ist aufzuheben.

Eigenproduktion statt Importe

Der Strombedarf ist durch inländische Produktion zu decken. Dabei ist jeder Energieträger nach seinem Nutzen und seinen Vorteilen zu berücksichtigen – ideologische Kriterien sind entschieden abzulehnen. Ebenso verworfen wird aufgrund gefährlicher Abhängigkeit vom Ausland, die Idee zusätzlicher Stromimporte.

Keine Verteuerung des Stroms

Jegliche neue Abgaben, Gebühren oder Steuern, welche die Stromproduktion verteuern werden abgelehnt. Subventionen oder zusätzliche Regulierungen sind zu unterlassen, jeder Energieträger hat sich dem Markt zu stellen. Der Bau oder Ausbau von Anlagen hat sich nach den Grundsätzen Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit zu orientieren.

Realismus statt Luftschlösser

Die Energiestrategie des Bundes ist konzept- und planlos. Ein Ausstieg ohne klare Vorgehensweise, glaubhafte Zahlen und genau definierte Zeiträume und Projekte ist abzulehnen. Die notwendigen Mittel sind im Sinne einer Vollkostenrechnung genau aufzuschlüsseln. Bei der Wahl der Massnahmen sind die Anliegen der Bevölkerung und der Wirtschaft zu berücksichtigen.

Handlungsfreiheit bewahren – Volk soll entscheiden

Ein Ausschluss bestimmter Energieträger wird abgelehnt. Für die künftige Stromversorgung braucht es grösstmögliche Flexibilität. Um Unsicherheiten zu vermeiden und rasch Planungssicherheit zu haben, ist die Energiestrategie deshalb so schnell wie möglich zur Abstimmung zu bringen.

Ein neues KKW bis 2030

Die heutigen Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien können den Anteil der Kernkraft in absehbarer Zeit nicht ersetzen. Eine Strategie muss sich deshalb an den verfügbaren Lösungen orientieren. Die Kernkraft erfüllt alle Voraussetzungen für eine sichere, günstige und umweltfreundliche Stromversorgung. Aus diesem Grund ist bis zum Jahr 2030 ein neues modernes Kraftwerk in Betrieb zu nehmen.

7. Anhang

Glossar

1 kWh (Kilowattstunde)	<ul style="list-style-type: none">- entspricht dem Betrieb von 10 100W-Glühlampen während 1 Stunde- 30 Minuten Haare trocknen (2000W-Föhn)- 25 Min Staubsaugen- 7 Stunden Fernsehen- 5 Stunden Computer
1 MWh Megawattstunde)	1'000 kWh
1 GWh (Gigawattstrunde)	1'000'000 kWh
1 (TWh Terawattstunde)	1'000'000'000 kWh